

Konsequent für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Demokratie: Veränderung beginnt mit Opposition

Hessen braucht eine andere Politik: Demokratisch legitimierte Instanzen müssen über die Gestaltung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen entscheiden, nicht Banken und Konzerne. Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen und nicht umgekehrt. Die LINKE steht an der Seite aller Menschen, die für eine Verbesserung ihrer Lebensumstände eintreten und selbst über ihr Leben bestimmen wollen. Wir werden auch weiterhin als ihr verlässlicher und glaubhafter außerparlamentarischer wie auch parlamentarischer Partner auftreten und den Protest von der Straße in die Parlamente tragen. Im Hessischen Landtag, in den Ortsbeiräten, Stadtparlamenten und Kreistagen werden wir nicht müde, Impulse der sozialen Bewegungen und die Anliegen der Menschen lautstark zu thematisieren. Wir arbeiten als LINKE in zwei Aktionsfeldern, die wir zueinander ständig in Beziehung setzen: parlamentarische Vertretung und das zivilgesellschaftliche Engagement von Menschen, Gruppen und Vereinigungen. DIE LINKE muss an der Seite von Gewerkschaften die konkreten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in den Betrieben und auf den Straßen unterstützen. Dazu müssen wir uns mit den gewerkschaftlichen Kräften vernetzen, die den Arbeitskampf als zentrales Mittel gewerkschaftlichen Handelns wieder in den Vordergrund stellen.

Die LINKE. Hessen setzt sich unmissverständlich für eine Verbreiterung des außerparlamentarischen Widerstands ein, um mehr gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen, damit eine grundsätzliche Änderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse erreicht werden kann. Die LINKE bekennt sich in ihrem Erfurter Programm dazu, dass wir für einen Systemwechsel zum demokratischen Sozialismus kämpfen, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit den Zielen einer freien, demokratischen, sozialen und inklusiven Gesellschaft unvereinbar ist.

Rechnerisch gibt es seit den Landtags- und Bundestagswahlen eine Mehrheit jenseits der CDU. Doch die Grünen haben sich in Hessen mit dem schwarz-grünen Bündnis von der Option Rot Rot Grün verabschiedet, so dass DIE LINKE. Hessen hier als einzig konsequente Opposition verbleibt. Auf Bundesebene hat die SPD ihre wichtigste Forderung nach einer sozialen Steuerpolitik schnellstmöglich fallen gelassen. Wir jedoch setzen unseren Kampf für den nötigen und möglichen Politikwechsel fort. Wir bleiben dabei: „DIE LINKE beteiligt sich nicht an Regierungen, die Sozialabbau, Privatisierung und Stellenabbau betreiben.“

Bei den Europawahlen haben Rechtspopulisten und Faschisten auch in Hessen erheblich gewonnen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass viele Hess_innen mit der EU zu Recht weniger Demokratie, weniger Soziales und mehr Bürokratie verbinden. Das muss anders werden. Wir werden die Themen der Europawahl und unser Profil als internationalistische Partei weiter entwickeln.

In Hessen bleiben unsere Kernthemen:

- **Frieden**

Wir sind eine Friedenspartei und deshalb kämpfen wir gegen die Militarisierung der Außenpolitik und die damit verbundene Militarisierung in Bildung und Ausbildung - gegen Rüstungsproduktion und -

exporte, NSA und militärische Einrichtungen, gegen Rüstungsforschung an den Hochschulen und die Bundeswehr in Schulen und Arbeitsämtern.

- **Bunt statt Braun**

Angesichts des Flüchtlingsdramas an den europäischen Außengrenzen und dem unwürdigen Geschacher um Unterbringung treten wir für eine würdige Aufnahme von Flüchtlingen und die Bekämpfung der Fluchtursachen ein. Wir werden uns Rechtspopulisten und Faschisten weiter in den Weg stellen und weiter an der Aufklärung der NSU-Morde und der Rolle des hessischen Verfassungsschutzes arbeiten. Den Inlandsgeheimdienst wollen wir auflösen.

- **Soziale Gerechtigkeit**

Wir kämpfen gegen die Folgen der Schuldenbremse und kommunalen Schutzschirme zu Lasten der Sozialtats. Wir streiten für bezahlbaren Wohnraum und bieten Sprechstunden und Hilfsangebote gegen die HartzIV-Willkür an. Wir wollen den öffentlichen Sektor zukunftssicher gestalten und privatisierte Krankenhäuser rekommunalisieren. Nicht zuletzt kämpfen wir gegen die zur Verelendung führende Politik der Troika am Ort der EZB in der Blockupystadt Frankfurt am Main.

- **Konsequent für Demokratie**

Wir verteidigen das Demonstrationsrecht und unterstützen lokale Bündnisse und Gewerkschafter_inneninitiativen gegen TTIP, TISA und CETA. Wir kämpfen gegen (Video-) Überwachung und setzen uns für Bürgerentscheide auf kommunaler und Landesebene sowie die Stärkung der Rechte für kommunale Abgeordnete ein.

- **Sozial - ökologischer Umbau**

Wir stehen für einen demokratischen, an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientierten Umbau der Wirtschaft als Teil einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Politik zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Wir kämpfen gegen Fracking, genmanipulierte Nahrungsmittel, die Versiegelung der Böden und Versalzung der Gewässer. Und wir kämpfen gegen die Verlärmung des Rhein-Main-Gebiets und für die Begrenzung auf 380 Tsd. Flugbewegungen jährlich in Frankfurt, streiten für eine Energiewende, die die Eigentumsfrage stellt und die Macht der Konzerne bricht. Wir setzen uns für einen sicheren, von den Betreibern bezahlten Rückbau des AKW Biblis ein.

Linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik verbinden: Für ein gutes Leben in lebenswerten Städten und Gemeinden

Die großen gesellschaftlichen Probleme, die Fehlentwicklungen in der „großen Politik“ werden für viele Menschen in ihrem Lebensumfeld spürbar. Die Vorherrschaft der Interessen von Banken und Konzernen über die Bedürfnisse breiter Teile der Bevölkerung, die Konzentration von immensem Reichtum in den Händen Weniger einerseits und leere öffentliche Kassen andererseits verschlechtern die Lebensbedingungen in unseren Städten und Gemeinden.

Ein wesentliches Instrument dieser Politik ist die sogenannte „Schuldenbremse“. Sie greift schon jetzt tief in das Leben der Menschen in Hessen und Europa ein und wird in den kommenden Jahren noch weit spürbarer. Ohne soziale Steuerreform und Lösung der Euro-Krise wird die „Schuldenbremse“ zu einem einzigen Abbau-Programm für Demokratie und Soziales. Ohne die Schulden wirklich abzubauen zu können, werden weiter Lasten auf ohnehin schon Belastete abgewälzt. Das haben auch SPD und

Grüne vor Einführung der „Schuldenbremse“ so gesagt und dem nur unter der „Bedingung“ höherer Steuern für Reiche zugestimmt. Doch nach den Wahlen bleibt diese „Einnahmeverantwortung“ für Regierungsbeteiligungen auf der Strecke. Auch in Hessen heißt das: Öffentliche Investitionen in Schulen, Wohnungen, Verkehr, Schwimmbäder, Vereine und in Beschäftigung (!) werden drastisch gekürzt, während Gebühren und Abgaben für KiTas, Miete, Schulgeld, Energie und öffentliche Leistungen drastisch steigen. Wenn Kommunen nur zum Geldkürzen und Geldeintreiben missbraucht werden, damit die Reichen und Mächtigen nicht haften müssen, ist Widerstand nötig.

Wir wollen uns mit diesen unsozialen und undemokratischen Entwicklungen in unseren Städten und Gemeinden nicht abfinden. Wir wollen eine solidarische und demokratische Gestaltung unseres Gemeinwesens. Die Kommune sind wir alle. Wir verbinden Protest und Widerstand gegen die herrschende Politik mit konkreten Vorschlägen für die Verbesserung der Lebensbedingungen im Hier und Jetzt sowie mit politischen Alternativen, die über die bestehenden Zustände hinausweisen. Für uns gehören der Protest gegen neoliberale Stadtentwicklung, Investorenherrlichkeit, Gebührenerhöhungen und Abbau der öffentlichen Daseinsvorsorge genauso zu den Grundelementen linker Kommunalpolitik, wie konkrete Vorschläge für einen kostenlosen und barrierefreien ÖPNV, bezahlbaren Wohnraum sowie freien Internetzugang für alle und ein soziales Beschaffungs- und Vergabewesen. Dabei verlieren wir unser großes Ziel, ein selbstverwaltetes Gemeinwesen als Teil einer Gesellschaft jenseits von Ausbeutung und Unterdrückung, nicht aus den Augen. Unsere Politik in den Kommunen lässt sich von den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, Demokratie, Nachhaltigkeit und Frieden leiten. Wir setzen uns für das Wahlrecht aller hier Lebenden ein. Wir thematisieren die unterschiedlichen Entwicklungen und Probleme in Stadt und Land, in den Metropolen wie im ländlichen Raum.

Die durch Sparzwänge eingeschränkten Handlungsspielräume der Kommunen nehmen wir nicht hin. Wir brechen die großen Fragen auf die konkreten Probleme vor Ort herunter. Wir kritisieren unsoziale Europa-, Bundes- und Landespolitik auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden und initiieren kommunale Bewegungen, wie etwa für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, gegen den Verkauf der landeseigenen Wohnungsgesellschaft Nassauische Heimstätte oder gegen die Freihandelsabkommen (TTIP, TISA und CETA). Aber wir geben uns nicht mit Fingerzeigen in Richtung Wiesbaden, Berlin oder Brüssel zufrieden. Wir verlangen von den Verantwortlichen auch vor Ort, die Handlungsspielräume, seien sie groß oder klein, im Sinne der Einwohner_innen für eine sozialere und demokratischere Politik zu nutzen.

Die politische Arbeit in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungskörperschaften und Ortsbeiräten betreiben wir nicht losgelöst von den Diskussionen und Aktivitäten in der Partei. Wir verbinden diese vielmehr mit der Arbeit unserer Kreisorganisationen, Ortsverbänden und Stadtteilgruppen.. Zur Verbesserung der kommunalpolitischen Arbeit organisiert der Landesvorstand in Zusammenarbeit mit Kommunelinks zukünftig Arbeitstreffen mit den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern der hessischen LINKEN

Auf Augenhöhe arbeiten wir mit unseren Bündnispartner_innen zusammen. Vor Ort knüpfen wir Kontakte und suchen Austausch und Zusammenarbeit mit Stadtteilinitiativen, der Bewegung „Recht auf Stadt“, lokalen Agenda-Gruppen, Gewerkschaften, Migrant*innen- und Flüchtlingsorganisationen, der lokalen Friedensbewegung, Bürgerinitiativen, Umweltgruppen und vielen mehr. Wir tragen ihre Anliegen in die Parlamente.

Die Vorbereitungen der Kommunalwahlen 2016 werden in den kommenden anderthalb Jahren einen wichtigen Schwerpunkt der LINKEN in Hessen bilden. Dafür nehmen wir u.a. folgende Maßnahmen in Angriff:

- Wir rufen unsere Kreisorganisationen dazu auf, linke Politik vor Ort mit Kommunalpolitik weiter zu verzahnen und gemeinsam mit unseren gewählten Mitgliedern in den kommunalen Vertretungskörperschaften diese Themen auf Versammlungen unserer Gliederungen zu diskutieren und einen breiten Diskussionsprozess über Erfahrungen, Anforderungen und Herausforderungen für unsere Kommunalpolitik zu initiieren. Die Landespartei wird bei Bedarf die Gliederungen mit Ideen und Konzepten für Themenfindungen, Programmdiskussionen oder der Suche nach geeigneten Persönlichkeiten, die unsere Politik zukünftig in den Gremien vertreten sollen, unterstützen.
- Wir werden Vorschläge unterbreiten, wie überregionale Themen, Schwerpunkte und Aktivitäten, die eine lokale Bedeutung haben, vor Ort und in den Parlamenten aufgegriffen werden können.
- Die Lage der Kommunen, insbesondere ihre Finanznot aufgrund der Unterfinanzierung sowie die Einengung ihrer Selbstverwaltung durch die Landespolitik, werden wir weiterhin im Hessischen Landtag zum Thema machen.
- Wir beteiligen uns am Aufbau und der Durchführung der bundesweiten Kampagne gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen. Wir wollen im Rahmen dieser Kampagne den Kampf um eine Stärkung der Öffentlichen Daseinsvorsorge und die Stärkung des öffentlichen Eigentums mit den Kämpfen um bezahlbaren Wohnraum und gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen verbinden.
- Wir bündeln die Kritik an der bestehenden Politik und formulieren die grundsätzliche Richtung unserer Alternativen für lebenswerte Städte und Gemeinden in einem Programm „Kommunalpolitische Eckpunkte 2016“, welches in einem breiten Diskussionsprozess gemeinsam mit „Kommunelinks“, dem überparteilichen Netzwerk für linke alternative Kommunalpolitik Hessen und Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern erarbeitet und auf dem nächsten ordentlichen Landesparteitag verabschiedet werden soll.
- In Abstimmung mit der Kommission politische Bildung Hessen und Kommunelinks werden wir das Bildungs- und Weiterbildungsprogramm für linke Kommunalpolitiker_innen fortführen und ausbauen. In dieser Bildungsarbeit wollen wir verstärkt Handwerkszeug und Fachkenntnisse mit politischer Grundlagenbildung verbinden, evtl. durch die Entwicklung und Durchführung eines Bildungskurses „Grundlagen linker Kommunalpolitik“.

Entwicklung und breite Verankerung der Partei zu einer Partei des Alltags und des Widerstandes

Wir wollen, dass DIE LINKE an Ausstrahlung gewinnt. Wir wollen einladende Debatten organisieren, eine respektable Streitkultur entwickeln. Wir werden weiter daran arbeiten, Kultur und Politik auf unseren Veranstaltungen zu verzahnen. Zu wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen, Jahrestagen und Jubiläen organisieren wir Veranstaltungen, die eine Wirkung weit über die Partei hinaus haben.

Um gute Initiativen, Aktionen und Schwerpunkte in den Kreisverbänden besser sichtbar zu machen, erstellen wir ein anregendes Handbuch linker Politik in Hessen und organisieren einen Workshop zum Thema Parteientwicklung, in der die Kreisverbände gute Beispiele gelungener linker Politik

vorstellen. Um die gesellschaftlichen Realitäten auch in unserer Partei abzubilden, müssen wir weiblicher, migrantischer und jünger werden.

Die Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2016 ist ein weiterer Schritt der Entwicklung der Partei in Hessen. Wir gehen den Weg der organisationspolitischen Stabilisierung weiter, den wir mit unserem Beschluss „DIE LINKE. Hessen stark machen“ begonnen haben. Angesichts immer noch beschränkter Ressourcen müssen die Kräfte konzentriert und politische und organisationspolitische Schwerpunkte gebildet werden. Die politischen Themen müssen dabei die unterschiedliche Lebenswirklichkeit in den hessischen Regionen widerspiegeln. Die Organisationsentwicklung muss sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kreisverbände orientieren, differenzierter werden und den immer noch gravierenden Unterschied von ländlichen und urbanen Regionen berücksichtigen.

Die Selbsttätigkeit der Menschen ist ein Grundverständnis linker Politik. Sie beginnt bei unseren eigenen Mitgliedern. Auch deshalb muss sich DIE LINKE in Hessen als Mitgliederpartei weiter entwickeln. Wir müssen möglichst viele Mitglieder und Sympathisant_innen in unsere Aktivitäten einbinden. Die Vorbereitung und die Durchführung der vom Parteivorstand vorgeschlagenen Dachkampagne 'Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse' kann dafür ein wichtiger Schritt sein. Die Gewinnung neuer Mitglieder und ihre Integration in die Partei ist eine vorrangige Aufgabe der Kreisverbände. Dies stellt höhere Anforderungen an das Parteileben und erfordert Anregungen und klare Verantwortlichkeiten von Seiten des Landesvorstandes. Die Politische Bildungsarbeit wird weiter ausgebaut und der begonnene Weg der Qualifizierung und Schulung der Mitglieder wird fortgesetzt.

Um die politische Arbeit vor Ort zu erleichtern, bedarf es der Unterstützung des Landes- und Parteivorstandes sowie der Landtags- und Bundestagsfraktion. Die Verzahnung von Aktivitäten der Partei mit der Tätigkeit der Landtags- und Bundestagsabgeordneten und ihrer Büros sowie der Gemeinde-, Stadt- und Kreisrätinnen und -räte muss ausgebaut und kontinuierlich entwickelt werden. Hierfür sollen konkrete Angebote erstellt werden, mit denen die Partei im Rahmen von Veranstaltungen (DIE LINKE. vor Ort) auftritt.

Im Landesvorstand werden verbindliche Ansprechpartner_innen für soziale Bewegungen, Verbände, Gewerkschaften etc. benannt, um gesellschaftspolitische Schwerpunkte wie u. a. Flüchtlings- und Migrationspolitik, Behindertenpolitik, Fragen zur Geschlechtergerechtigkeit, TTIP, Blockupy etc. zu behandeln.

Darüber hinaus gibt es verbindliche Ansprechpartner_innen im GLV/Landesvorstand für die Basisorganisationen, die zuhörend, unterstützend und beratend sowie ggf. auch bei Konflikten und Problemen, die jeweiligen Basisgruppen, auch über einen längeren Zeitraum, begleiten.

Die schon vorhandenen Strukturen, wie Büros und deren Mitarbeiter_innen, sollen noch offener als Anlaufstellen und Zentren einer emanzipatorischen und widerständigen Politik vor Ort arbeiten.